



Politischer Informationsdienst aus Berlin
für den Wahlkreis 119 - Essen II -
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

Sitzungswoche vom 13.01.2014 bis 17.01.2014



**Am 19.1.2014 mit NEIN stimmen! Für die Messe!
Für die Menschen in Essen!**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

zunächst möchte ich es nicht versäumen Ihnen und Ihren Familien ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr zu wünschen.

Gleichzeitig darf ich Ihnen hiermit meinen neuen Newsletter präsentieren, der von nun an regelmäßig am Ende einer jeden Sitzungswoche des Deutschen Bundestages erscheinen wird.

Ich werde Sie darin zukünftig informieren, was im Deutschen Bundestag geschehen ist.

Wichtig für die Arbeit des Bundestages war in dieser Woche die Bekanntgabe der Ausschussbesetzungen. Ich freue mich sehr, dass ich als ordentliches Mitglied für den Ausschuss Arbeit und Soziales und als stellvertretendes Mitglied für den Ausschuss Gesundheit benannt wurde.

Im Rahmen meiner neuen Arbeit im Ausschuss für Arbeit und Soziales wurde im Plenum in der Aktuelle Stunde über die Finanzierbarkeit des geplanten Rentenpaketes debattiert. Zudem wurde im Plenum u.a. die OECD-Studie zu PISA 2012 und der Bericht des Wehrbeauftragten diskutiert.

Ihre



In dieser Ausgabe:

NRW schneidet beim Bildungsstandardvergleich der Bundesländer schlecht ab 2

Rentenpaket ist finanzierbar Aktuelle Stunde im Bundestag 2

Jahresbericht 2012 (54. Bericht) des Wehrbeauftragten. 3

Zahl der Erwerbstätigen erreicht weiteres Rekordhoch 3

NRW schneidet beim Bildungsstandardvergleich der Bundesländer schlecht ab - Jutta Eckenbach (CDU): Rot-Grün muss hier endlich Hausaufgaben machen

Der Deutsche Bundestag debattierte in dieser Woche ausführlich über die Ergebnisse der OECD-PISA Studie 2012, die im Dezember 2013 vorgestellt wurde. Die aktuelle Studie bescheinigt Deutschland einen enormen Aufholprozess. Erfreulicherweise hat sich Deutschland seit dem ersten PISA-Schock inzwischen immerhin bis ins Mittelfeld der OECD-Staaten verbessert.

Dieses erfreuliche Ergebnis werde allerdings getrübt durch das schlechte Abschneiden von NRW im Vergleich der Bundesländer, so Jutta Eckenbach (CDU-Bundestagsabgeordnete aus Essen).

Parallel zum PISA-Test führen auch die Bundesländer einen Ländervergleich zur Überprüfung von Bildungsstandards durch. Auch darauf seien die Abgeordneten in der Debatte eingegangen. Für NRW habe die Studie gezeigt, dass es erneut große Defizite bei den naturwissenschaftlichen Fächern gebe, was sich in unterdurchschnittlichen Kompetenzständen in durchweg allen sechs untersuchten naturwissenschaftlichen Einzelbereichen gezeigt habe.

NRW weise zudem große Disparitäten zwischen Gymnasien und anderen Schulformen und auch signifikante Kompetenzunterschiede zwischen Jungen und Mädchen auf.

Jutta Eckenbach:

„Die schwachen Ergebnisse in NRW ziehen sich wie ein roter Faden durch den gesamten Ländervergleich. Es ist bedauerlich, dass vielfach gerade wieder nur der Mindeststandard erreicht wird. Die Landesregierung muss endlich den vereinbarten Schulkonsens umsetzen, d.h. die Lehreraus- und Fortbildung qualitativ weiterentwickeln, die Frühförderung stärken, die regionale Vernetzung fördern, die Ganztagsbetreuung bedarfsgerecht ausbauen und die Schulen von Erziehungs-, Therapie- und Sozialaufgaben durch Fachpersonal entlasten.“

Rentenpaket ist finanzierbar

Aktuelle Stunde im Bundestag – Neben den Kosten zählt auch die Lebensleistung der Menschen

Die solide Finanzierung der Mütterrente und der vorgezogenen Rente nach 45 Beitragsjahren ist machbar. Das bekräftigten Abgeordnete der Unionsfraktion in einer aktuellen Stunde des Bundestages am Donnerstag. „Die Finanzlage der Rentenversicherung war lange nicht so gut wie jetzt“, sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Karl Schiewerling. In den Rücklagen der Rentenversicherung befänden sich unverbrauchte Steuermittel, die es der Koalition „reinen Gewissens“ ermöglichten, die Rente für Mütter, die Kinder vor 1992 geboren haben, zu erhöhen. Der Sprecher der Arbeitnehmergruppe,

Peter Weiß, warb dafür, nicht nur die Kosten zu betrachten, sondern auch die Lebensleistungen der Menschen. Gerechtigkeitslücke schließen Zur Generationengerechtigkeit gehöre auch, die Erziehungsleistungen von Müttern und Vätern anzuerkennen, die mit ihren Beiträgen damals die Rente von heute gesichert hätten, sagte Weiß. Und wenn Menschen 45 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hätten, sei dies eine „großartige Leistung“, für die man „ein bisschen Dankeschön sagen kann“, indem man ihnen einen Renteneintritt mit 63 Jahren ermögliche. „Ja, es muss solide finanziert sein, aber die Inhalte müssen auch stimmen“, betonte Weiß. Auch der CDU-Politiker Uwe Schummer forderte eine saubere Finanzierung. Schließlich solle der Bundeshaushalt im nächsten Jahr erstmals seit 1969 wieder ohne Neuverschuldung auskommen. Schummer nannte es überfällig, mit der Ausweitung der Mütterrente eine Gerechtigkeitslücke zu schließen. Auch die vorgezogene Rente nach 45 Beitragsjahren sei gerechtfertigt. Grundsätzlich gelte: Wer länger einbezahle, müsse auch entsprechend mehr bei der Alterssicherung bekommen.

Jahresbericht 2012 (54. Bericht) des Wehrbeauftragten.

Etwa 4.300 Eingaben vermeldet der 54. Bericht des Wehrbeauftragten. Diese Zahl ist nicht zuletzt Ausdruck vieler Probleme, die unsere Soldatinnen und Soldaten belasten. Allerdings werden die Tätigkeitsberichte des Wehrbeauftragten oft als reine Mängelberichte wahrgenommen, was jedoch weder der Stimmung in der Truppe noch der Leistungsfähigkeit unserer Streitkräfte insgesamt gerecht wird.

Zahl der Erwerbstätigen erreicht weiteres Rekordhoch

Im Jahr 2013 waren durchschnittlich 41,78 Millionen Personen in Deutschland erwerbstätig, das entspricht einem Plus von 232.000 Personen oder 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen erreicht somit im siebten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Allerdings hat sich der Arbeitsplatzaufbau 2013 im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt verlangsamt. Nach vorläufigen Schätzungen sank die Zahl der Erwerbslosen um 36.000 Personen auf 2,3 Millionen, was einer Erwerbslosenquote von 5,2 % im Jahresdurchschnitt entspricht. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben wie schon in den Vorjahren überproportional von den positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt profitiert. Die Zahl der Arbeitnehmer stieg um 0,8 % oder 297.000 Personen auf insgesamt 37,29 Millionen. Im Vergleich dazu sank die Zahl der Selbständigen, einschließlich mithelfender Familienangehöriger um 65.000 Personen auf 4,48 Millionen. Im Jahresdurchschnitt wuchs die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbranchen um 227.000 Personen, den größten Anteil hatten die unternehmensnahen Dienstleistungen, mit einem Anstieg von 122.000 Erwerbstätigen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)